

## Grundgesetzänderung für GAK-Öffnung bleibt auf dem Tisch - Stübgen optimistisch

Das Bundeslandwirtschaftsministerium hält an seinem Ziel einer Änderung des Grundgesetzes zur weiteren Öffnung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) fest. „Nach unserer Lesart ergibt sich eine Grundgesetzänderung als Auftrag aus dem Koalitionsvertrag“, sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Agrarressort, Michael Stübgen, im Interview. Die Aussichten, dass die angestrebte Verfassungsänderung noch in dieser Legislaturperiode kommt, schätzt Stübgen auf „70 % bis 80 %“. Seiner Auffassung nach gibt es in Deutschland keine „abgehängten Regionen“, in Teilen Ostdeutschlands jedoch sehr wohl ein „Gefühl des Abgehängtsein“.

Länderberichte 37

## Hogan will Folgen eines harten Brexit abfedern - Agrarbranche: Märkte offenhalten

Angesichts des mit dem Londoner Unterhaus-Votum wahrscheinlicher gewordenen „harten“ Brexit hat EU-Agrarkommissar Phil Hogan angekündigt, mit Nachdruck an Maßnahmen zu arbeiten, um die möglichen negativen Auswirkungen auf die Landwirtschaft abzufedern. Derweil erklärte der Präsident der EU-Ausschüsse der Bauernverbände (COPA), Joachim Rukwied, die Offenhaltung der Märkte als „höchste Priorität“. Auch weitere zahlreiche Vertreter der Agrarbranchen aus Großbritannien, Frankreich, Irland, Spanien und Dänemark appellierten an die Politik, ein solches Szenario unter allen Umständen zu verhindern. Besonders betroffen von einem „No-Deal“-Austritt wäre die Milchindustrie.

EU-Nachrichten 9 und 10

## Lob für die Haltungskennzeichnung des LEH - Vorbehalte gegen staatliche Labelpläne

Überwiegend positiv fallen die Reaktionen auf die Ankündigung des Lebensmittel Einzelhandels (LEH) aus, die bestehenden Systeme zur Haltungskennzeichnung zu vereinheitlichen. Sowohl der Deutsche Bauernverband (DBV) als auch die Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands (ISN) begrüßten die Initiative als praxistauglichen Ansatz. Vorbehalte gibt es jedoch weiter gegen das geplante staatliche Tierwohllabel. Während der DBV die Kriterien als teilweise zu anspruchsvoll ansieht, kritisiert sie der Tiereschutzbund als zu wenig ambitioniert. Das Bundeslandwirtschaftsministerium hat inzwischen den Gesetzentwurf zum Label zur Notifizierung nach Brüssel gesandt.

Länderberichte 26

## Agrarwirtschaft bekennt sich zu starkem Europa

Mit einem Bekenntnis zu Europa sind die Spitzen der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft in die Internationale Grüne Woche (IGW) gestartet. „Die Bauern haben die europäische Einigung mitgetragen, angeschoben und gefördert“, sagte der DBV-Präsident Joachim Rukwied bei der Eröffnungsfeier der Messe. Er erteilte Bestrebungen eine Absage, Errungenschaften der EU in Frage zu stellen. Dazu zählten der gemeinsame Agrarmarkt, der EU-Binnenmarkt, der Euro und die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), die „einer der Eckpfeiler“ Europas bleiben müsse. Der Vorsitzende der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE), Dr. Wolfgang Ingold, bezeichnete ein starkes Europa allein aus ökonomischer Sicht als unverzichtbar für die Agrar- und Ernährungswirtschaft. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner rief die Branche zum Dialog auf. Dabei seien vorhandene Zielkonflikte offen zu benennen: „Wer Ernten sichern und ansprechendes Obst und Gemüse im Regal finden will, muss Pflanzen gesund erhalten und sich weiterentwickeln können“. Es stehe außer Frage, „dass Landwirtschaft Wirtschaft ist und Erfolg haben muss, wenn die junge Generation am Ball bleiben soll“. Politisch kam es im Vorfeld der IGW zu einer Auseinandersetzung um die deutsche Position zur GAP nach 2020. Umweltministerin Svenja Schulze warf ihrer Kabinettskollegin Klöckner vor, eine stärkere ökologische Ausrichtung der GAP zu blockieren. Deutschland sei aufgrund der fehlenden Einigung derzeit in Brüssel de facto ohne Einfluss. Klöckner wies die Vorwürfe zurück. Auch ihr Ziel sei, die Umweltausrichtung der Direktzahlungen weiter zu verstärken. Allerdings müsse dies praxistauglich erfolgen. In der Sache sei man nicht weit auseinander, betonte die CDU-Politikerin.

Länderberichte 1 und EU-Nachrichten 1